

fakten

AUS WESTDEUTSCHLAND

Gegen den USA-Krieg in Vietnam

In mehreren westdeutschen Universitätsstädten halten die Proteste gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam unvermindert an. Über 1000 Münchner Studenten demonstrierten mit Fahnen der südvietnamesischen Befreiungsfront vom Königplatz zum amerikanischen Generalkonsulat, wo auf einer Kundgebung die USA als Aggressor gebrandmarkt wurden. Plakate und Spruchbänder forderten die sofortige Beendigung des Krieges und den Abzug der USA-Truppen aus Vietnam. In einem Flugblatt lehnten die Studenten vor allem jede westdeutsche Beteiligung am Krieg in Vietnam ab.

Ruff zum Rücktritt gezwungen

Durch die zahlreichen Proteste im In- und Ausland (vgl. auch UZ 166, Seite 8) wurde der Bonner Luftfahrtmediziner Prof. Siegfried Ruff gezwungen, seine medizinische Lehrtätigkeit „auf eigenen Wunsch“ aufzugeben. Auch die Angriffe auf die Universitätsleitung nahmen ständig zu, nachdem diese entschieden hatte, daß „eine Entziehung der Lehrlaufbahn für Ruff nach der Habilitationsordnung der Fakultät nicht möglich sei“. Ruff hatte im KZ Dachau Hölllinge bei Unterdruckversuchen ums Leben gebracht. Er bleibt Leiter des Instituts für Luftfahrtmedizin in Bad Godesberg.

Südafrika-Beziehungen forciert

Ein Vertreter des westdeutschen Außenministeriums kündigte bei einem Besuch in Pretoria und Windhoek an, daß die Zahl der westdeutschen Lehrkräfte in Südafrika und in dem in kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Südwestafrika unbedingt erhöht werden muß. Legationsrat v. Dziembowski forderte außerdem eine raffinierte Abstimmung dieser ideologischen Positionen der westdeutschen Imperialisten auf dem afrikanischen Kontinent.

Erster westdeutscher Diplom-Biochemiker

Die Universität Tübingen verabschiedete vor kurzem den ersten westdeutschen Diplom-Biochemiker. Seit dem 1. Mai 1962 besteht in Tübingen die Möglichkeit, in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein Diplomstudium der Physiologischen Chemie und Biochemie zu absolvieren.

Neues Amt in Göttingen

Das neue Amt eines KONREKTORS wird es mit Beginn des Sommersemesters an der Göttinger Universität geben. Diesen Titel trägt künftig der Rektor nach seiner einjährigen Amtszeit, wenn er sein Amt dem bisherigen Prorektor übergeben hat.

fakten

Bedauerliches Versehen

Gegen die Empfehlungen des Slavischen Instituts verbrachten die Stabsstellen der Fachkombi von Rostow-Geographie den Semesterbeginn schamlos, sich zu orientieren.
Als bedauerliches Versehen wurde gewertet, daß sich demnach schon am ersten Tag des Semesters vier Studenten in die Vorlesung verließen.

Selbstbestimmung in Deutschland

Der Antrag der DDR auf Aufnahme in die UNO bewegt viele Gemüter. Es gibt verschiedene Fragen dazu — einige von ihnen betreffen erneut das Recht auf Selbstbestimmung konkret in Deutschland, das von den westdeutschen Ultras schamlos verläßt wird. Wir möchten heute versuchen, an Hand von Auszügen aus dem Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders vom 13. März 1966 einige solcher Fragen zu beantworten. Wir konzentrieren uns dabei auf die Ausführungen von Prof. Dr. jur. habil. Rudolf Arzinger, Direktor des Instituts für Völkerrecht und Dekan der Juristenfakultät unserer Universität.

Prof. Arzinger: Wir haben ja als Marxist eine große Tradition. Letzten Endes wurde das Selbstbestimmungsrecht zu einem wirksamen politischen Instrument entwickelt durch die beiden größten Söhne unseres Volkes, durch Marx und Engels; durch Lenin und die Sowjetmacht wurde es dann in die internationalen Beziehungen hineingetragen. Es ist selbst von bürgerlichen Autoren nicht zu bestreiten, daß das Selbstbestimmungsrecht in der Charta der Vereinten Nationen verankert wurde auf Grund der sowjetischen Initiative, während die Westmächte bei der Ausarbeitung

der Charta dagegen waren, dieses Prinzip dort zu fixieren.

Was Deutschland betrifft, so waren wir dafür, das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einheitlich auszuüben. Nicht wir haben das unmöglich gemacht. Heute ist die Lage tatsächlich so, daß nur die Bevölkerung der DDR für sich als Volk und die Westdeutschen für sich das Selbstbestimmungsrecht in getrennten Akten ausüben können. Es ist notwendig, klar davon auszugehen, was das Selbstbestimmungsrecht heute eigentlich ist. In allen UNO-Dokumenten der letzten Jahre, z. B. auch in der Unabhängigkeitsdeklaration, in den Entwürfen der Menschenrechtskonvention, überall wird eindeutig gesagt: Das Selbstbestimmungsrecht ist das Recht jedes Volkes, frei seinen politischen Status zu bestimmen und seine soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung zu betreiben.

Gehen wir davon aus: Wir haben in der DDR frei den Sozialismus aufgebaut — niemand kann eine Bevölkerung zwingen, eine politische Revolution durchzuführen. In Westdeutschland wurden soziale Umgestaltungen, die von der Bevölkerung gewollt wurden, durch Befehl der Zonen-Oberbefehlshaber einfach annulliert. Zum Selbstbestimmungsrecht gehört aber auch das Recht, friedlich in der Völkergemeinschaft zu leben — wer hat die westdeutsche Bevölkerung jemals eindeutig gefragt, ob sie die Bonner Politik des Krieges unterstützt?

Gesandter Kegel: Könnte man behaupten, daß das Selbstbestimmungsrecht auch das Recht einschließt, ein anderes Volk mit Krieg zu überziehen?

Prof. Arzinger: Nein!

Aber sie fragten vorher schon, was verstehen die westdeutschen Imperialisten unter Selbstbestimmungsrecht? Sie verstehen im Grunde genommen überhaupt nichts Bestimmtes darunter. Strauß sagte einmal,

antworten

die Zeit der souveränen Nationalstaaten ist vorbei. Das heißt, in bezug auf Frankreich verstehen sie darunter das Recht der westdeutschen Monopole, der französischen Bevölkerung ihren Willen aufzuzwingen; in bezug auf die DDR — den Sozialismus rückgängig zu machen; in bezug auf Polen — große Gebiete zu rauben; in bezug auf die jungen Nationalstaaten — diesen Völkern eine bestimmte Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung, den kapitalistischen Wirtschaftsweg vorzuschreiben und mit ökonomischen Mitteln und politischem Druck aufzuzwingen.

Prof. Elser: Würden die westdeutschen Politiker die Lösung von der Selbstbestimmung ernst nehmen, so müßten sie folgendes sagen: Es gibt zwei deutsche Staaten. Die Leute in der Deutschen Demokratischen Republik haben sich ihren Staat geschaffen. Sie bestimmen selbst, wie sie leben wollen. Die Heiligkeit des Selbstbestimmungsrechtes bedeutet, daß wir mit diesem Staat in Frieden leben, daß wir den Willen der Deutschen anerkennen, die in der DDR leben, und jene Politik der Verständigung beginnen, die von der DDR in vielen Dokumenten, zuletzt im offenen Brief, vorgeschlagen wird.

Prof. Arzinger: Noch eins, weil es oft mißverständlich dargestellt wird: Gerade die Art der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für die Westdeutschen einerseits, für die Bevölkerung der DDR andererseits ist eine entscheidende Voraussetzung überhaupt für eine Verständigung. Für die Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, dafür, daß wir überhaupt wieder zusammenkommen und eines Tages Schritte auf dem Wege zur Wiedervereinigung gehen können.

(Nichtautorisierte Bandabschrift)

AUS DEM AUSLAND

Hochschulunterricht per Fernsehen

Das polnische Fernsehen beginnt mit dem Studienjahr 1966/67, fünfmal wöchentlich halbstündige Vorlesungen über Mathematik, Physik, Chemie und andere Fächer auszustrahlen. In die Sendereihe werden alle Pflichtfächer der ersten beiden Studienjahre an den technischen Fakultäten aufgenommen. Die UNESCO arbeitet an diesem Vorhaben mit und will die polnischen Erfahrungen auch anderen Ländern vermitteln.

Vergleichende Studien

Der Universitätsweltbund, dem 472 Universitäten aus 90 Ländern angehören, hat auf seiner Sitzung in Paris über eine Angleichung der Universitätsbestimmungen aller Länder der Erde debattiert. Es wurde beschlossen, vergleichende Studien über Verwaltung und Strukturen der verschiedensten Universitäten anzufertigen.

Bildungsmisere in Spanien

Nur 10 Prozent der spanischen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren besuchen eine Schule (Frankreich über 30, Italien fast 20, DDR weit über 50 Prozent). Das stellt kürzlich die von Professor Ruiz Jimenez herausgegebenen „Cuadernos para el dialogo“ fest. Nur 1,7 Prozent der Bevölkerung hat eine Hochschulbildung, 86 Prozent besuchen nur die Grundschule, 9 Prozent haben keinerlei Schulbildung. Spanien hat einen der höchsten Analphabetenanteile Europas.

fakten

UZ erhielt Antwort

Von E. Cohn, Verwaltungsleiterin der Math.-Nat. Fakultät, zur Stipendienzahlung (UZ 10/66, Seite 6):

Die Stipendienzahlung ist wiederholt Gegenstand ausgiebiger Diskussionen gewesen, denn sie kannte schon seit langem — insbesondere an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät — an Raum- und Arbeitskräftemangel. Wir sind uns dessen bewußt, daß mit der Verlegung der Stipendienzahlung der Lehrerstudien in die Physikalische Fakultät, Linienstraße, zwar eine gewisse Entlastung der Zahlstelle Schülerstraße geschaffen, jedoch leider bei weitem noch kein Idealzustand erreicht wurde.

Da infolge der gegenwärtigen Raum- und Personalituation an der Fakultät eine weitere Zahlstelle vorläufig nicht errichtet werden kann, müssen wir uns also — nicht nur die Kollegen des Dekanats, sondern auch die Studenten — bemühen, der augenblicklichen Situation Herr zu werden. Deshalb werden wir auch dem Vorschlag, das Stipendium für Lehrerstudien der Fachverbände Geographie-Geometrie im Dekanat auszusuchen, in Zukunft Beachtung tragen. Anders verhält es sich allerdings mit dem Wunsch nach Verlegung der Stipendienzahlung für Phy-

Vermißt

werden noch die Antworten des Prorektors für Studienangelegenheiten auf „Quo vadis, Praktikum?“ (UZ 9/66, Seite 2) und der UGL auf die Anfrage unseres Lesers G. Lewin (UZ 10/66, Seite 6).

stikstudien in die Linienstraße. Dieser Bitte kann sowohl aus räumlichen als auch personellen Gründen nicht entsprochen werden, um so weniger, als fast alle Fachrichtungen unserer Fakultät Vorlesungen im Physikalischen Institut besuchen und daher mit Recht den gleichen Anspruch auf Verlegung der Zahlstelle erheben könnten.

Von einem „rigorosen Widerspruch der Ausschusszeiten zu den obligatorischen Lehrveranstaltungen“ kann in einer Fakultät mit neun (!) Fachrichtungen und deren verschiedenen Stundenplänen wohl kaum die Rede sein, zumal die Ausschusszeit (30. bis 22. jeden Monats) von Monat zu Monat auf einen anderen Wochentag fallen. Überdies hat das Dekanat begründeten Wünschen auf Verlegung des Zahlstages jederzeit entsprochen...

Übrigens: Ist es denn unbedingt nötig, daß man „kostbare“ Zeit opfert und die Pflasterin bald über den Haufen wirft, nur um als Allererstes sein Geld zu bekommen? Nachweislich kann man schon etwa eine halbe Stunde „nach dem Sturm“ ohne blaue Flecke, dafür aber im Besitz sämtlicher Mantelknöpfe zum Zahlstisch gelangen.

Den ganz Mißtraulichen sei verraten: Alles Geld ist eingeplant, die Geldquelle versiegt also nicht!

Audiat et altera pars

W. Schade, Dolmetscher-Institut, zu „Quo vadis, Praktikum?“ (UZ 9/66, Seite 2):

1. Das Institut hat bereits seit mehreren Jahren das Übersetzerpraktikum als integrierenden Bestandteil in seine Studien- und Erziehungspläne aufgenommen. Dabei wurde auch berücksichtigt, daß ein Übersetzerpraktikum, wenn es sowohl für die Studenten als auch die Praktikantenstellen wirklich sinnvoll sein soll, für Studenten des 1. Studienjahres noch nicht in Frage kommt. Daher wird die Zeit des Praktikums dafür benutzt, um die zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen, z. T. wesentlichen Unterschiede in ihrem Wissensstand weitgehend auszugleichen. Während dieses „Intensivkurses“, der in dem Artikel offensichtlich auf Grund unvollständiger Informationen dem Institut vorgeworfen wird, werden weiterhin Maßnahmen zur ideologisch-politischen Erziehung der Studenten durchgeführt, die vor allem der Bildung fester Studienkollektive dienen.

2. Für die inhaltliche und organisatorische Durchführung des Praktikums der Studenten des 2. und 3. Studienjahres besteht am Institut eine Konzeption, an deren Vervollkommnung im Sinne der Ermittlung optimaler

Formen des Praktikums ständig gearbeitet wird.

3. ... Wir glauben, daß zu wünschen ist, daß unser Institut die in dem Artikel erwähnte Forderung zum „weniger Praktikum“ nicht festzustellen ist und der Ansicht, daß auch aus der Ansicht der Durchführung des Praktikums für die Übersetzer-Studenten wohl schwerlich zu entnehmen ist, daß von selbst ein Institut die Bedeutung des Praktikums in irgendeiner Weise untergeordnet wird.

Was unseres Wissens auch behauptet hat — jedenfalls nicht wir. Wir danken dennoch für die Schreiben. Aber, „Alter pars“, andere Seite ist für uns vor allem das Prorektorat, das zu „höheren ungeduldig erwarten“; auch da ist jedoch weniger ein Vorwürfen deren Entkräftung, sondern eine Frage, ob die beobachteten Tendenzen tatsächlich gerechtfertigt sind — dann muß man darüber entscheiden — oder ob — das haben wir entschieden — doch Verweise und Nachlässigkeiten sich nicht manchem verbergen.

Die Redaktion



„Welt am Sonntag“: „Unter den Marschieren“: Wolfgang Neuss und die 2. SED-Sekretäre Schöneberg, Erika Heuff.“

Vorläufer des Judensterns

Während wir noch überlegten, ob „Welt am Sonntag“ mit diesen hässlichen Esketten die Kundgebung oder die Angeprangernten mit der Kundgebung, die SED mit Neuss oder Neuss mit der SED diskriminieren wollte, sprach Wolfgang Neuss im schwedischen Fernsehen mit Peter Weiss. Aus der autorisierten „Sonntag“-Fassung dieses Gesprächs hier Auszüge:

WEISS: Das ist wohl einer der Grundunterschiede zwischen diesen beiden Deutschen, daß in der DDR die alten Kräfte völlig ausgeschaltet wurden und daß man die Vergangenheit analysierte und entmythologisierte.

NEUSS: Vielleicht könnte man sagen, daß die DDR immer noch nicht vollendet sozialistisch ist, weil die Bundesrepublik immer noch teilweise faschistisch ist.

WEISS: Du meinst also, der Sozialismus in der DDR kann sich nicht frei entwickeln, weil er von der anderen Seite ständig bedroht wird.

NEUSS: Und der Faschismus in der Bundesrepublik kann sich nicht frei entwickeln, weil er auch bedroht wird.

WEISS: Der Begriff Faschismus — jedenfalls in Westdeutschland — läßt sich mit den Schlag-

wörtern braun und Hakenkreuz und Judenstern allerdings nicht decken; inzwischen sind die Rassen die verfolgten und andere Sendungen die verbotenen, und neue Sendungen Nichtaufklärung breiten sich aus. Während die Presse auf die Hakenkreuzer schimpft, werden marxistisch denkende Personen in Westdeutschland angeprangert.

NEUSS: Könntest du mir das mit den prangern mal etwas näher erklären?

WEISS: Na, du selbst hastest doch in so einer Westberliner Presse einen Pöbel deinen Kopf gerichtet im Zusammenhang einer Demonstration gegen die amerikanische Regierungspolitik in Vietnam.

NEUSS: Ja, die Pöbel sind heute das, früher die Sterne waren. Wer ihn hat, der geht nicht wieder ab, ich habe auch, daß Schweden ganz offiziell für die nationale Befreiungsfront in Vietnam Spenden sammelt.

WEISS: Und nicht nur Spenden, sondern Blutplasma für die FNL.

NEUSS: Also, diese Schweden, die das sahen sich in Berlin und in Westdeutschland einer argen Verfolgung ausgesetzt. Die Gegend der Bevölkerung gegen Kommunisten erregt nur Nicht-Antikommunisten sind von den Nachbarn so hochgeputzt, daß schon diese schwachen wirtschaftlichen Schwächen diese Haßgefühle pauschal gegen den Ostblock Ausbruch kommen könnten.

post

post